

Am Dienstag platzte die bisher letzte Bombe. Die IWF-Spezialisten wünschen, dass sämtliche Tarifverträge im Land aufgehoben werden sollen. Der Mindestlohn von 540 Euro netto für Vollzeitjobs von Arbeitnehmern über Dreißig soll auch in der Privatwirtschaft nicht mehr gelten. Überhaupt sollten sich an Lohnverhandlungen weder Gewerkschaften noch der Arbeitgeberverband beteiligen. Letzterer, das ist ein weltweites Novum, wehrt sich vehement gegen die weitere Senkung der Lohnniveaus in der griechischen Privatwirtschaft.

Den Unternehmern ist nämlich klar, dass dann, wenn sie in einem Land, das die höchsten Verbraucherpreise Europas hat, nicht genügend Lohn zahlen, das absolute Chaos ausbricht. Griechenland kennt weder Sozialhilfe, noch Harz IV. Während seit Januar 2010 alle zwei Monate die Löhne gekappt werden und somit viele bis zur Hälfte des Jahreseinkommens verloren, steigen sämtliche Preise übermäßig an. Bestes Beispiel ist der Staat selbst. Eine gesetzlich versicherte Griechin musste im November 2010 in einem staatlichen Krankenhaus der Stadt Ioannina 400 Euro Eigenanteil für eine normale Geburt zahlen. Ihre Cousine gebar erst im September 2011. Das kostete bei einer gleich ablaufenden Geburt und gleichem Krankenhausaufenthalt bei gleicher Versicherungslage diesmal 800 Euro Eigenanteil.....